

ringschätzung der Frau duldet, die vielfach mehr als Objekt denn als Person betrachtet wurde“ (Osservatore Romano, 28.1.90, Predigt in Bissau). Bei manchen Passagen der Papstansprachen hatte man den Eindruck, daß sich ihre Verfasser wenig Gedanken über die spezifische Situation der besuchten Länder gemacht hatten: Wie hätte Johannes Paul II. sonst auf den armen Kapverden u. a. zum Kampf gegen den „Mythos des wirtschaftlichen Fortschritts“ aufrufen können!

Solidarität für Afrika gefordert

Seine letzte Ansprache vor dem Rückflug nach Rom schloß der Papst mit der Bitte an Gott, er solle den Afrikanern ermöglichen, „mit Weisheit die ihnen auferlegten Prüfungen zu bewältigen und die Unterstützung der ganzen solidarischen Menschheit zu erhalten“ (Osservatore Romano,

2.2.90). Tatsächlich hat sich die wirtschaftliche Situation vieler afrikanischer Länder in den letzten Jahren verschlechtert, machen sich immer stärker die Folgen politischer Instabilität, fehlgeleiteter Entwicklungsstrategien, mangelnder Effizienz und Gemeinwohlorientiertheit bemerkbar. Dazu kommen die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte und (für die Länder der Sahelzone) die Bedrohung der Lebensräume durch das Vordringen der Wüste. Auf diesem eher düsteren Hintergrund hat es seinen guten Sinn, wenn Johannes Paul II. internationale Solidarität für Afrika einfordert und durch seine Reisen den katholischen Ortskirchen des Kontinents den Rücken stärkt. Das derzeit auf Mittel- und Osteuropa gerichtete Interesse der westlichen Welt enthebe den hochentwickelten Norden nicht von seiner Verantwortung gegenüber den Entwicklungsproblemen des Südens, so der Papst in einem Gespräch mit Journalisten während seiner jüngsten Reise.

U.R.

Peru: Die Gewalt wächst mit der Not

Im Blick auf die Präsidentschaftswahlen im April haben die Bischöfe Perus Anfang Februar dringend an alle politisch Verantwortlichen appelliert, um des bedrohten Gemeinwohls willen gemeinsam die schweren Probleme des Landes anzugehen. Dazu zählen sie in ihrer Erklärung vom 1. Februar Terrorismus und Drogenhandel, die durch politische Gewalt verursachte Landflucht, Unmoral und Korruption. Vorrangiges politisches Ziel aller Parteien müsse die Bekämpfung von Armut, Hunger und Inflation sein.

Es ist nicht die erste Stellungnahme des peruanischen Episkopats zur Lage der Nation. Ein Grundsatzdokument vom April 1989 „Peru, wähle das Leben“, auf das in späteren Erklärungen jeweils verwiesen wird, erhob ähnliche Forderungen, und der Schriftsteller *Mario Vargas Llosa*, aussichtsreichster Kandidat für die Präsidentschaft, formuliert die Hauptprobleme seines

Landes in zahlreichen Interviews nicht wesentlich anders.

Perus wirtschaftliche Situation hat sich in den letzten Jahren der Regierung *Alán Garcías* – bei seinem Amtsantritt 1985 als politischer Hoffnungsträger gefeiert – drastisch verschlimmert. Preissteigerungen und 4000 Prozent Inflation im vergangenen Jahr treiben die nahezu zwei Drittel der peruanischen Bevölkerung, die unterbeschäftigt oder dem informellen Sektor zuzurechnen sind, in die Verelendung. Seit 1973 ist die Kaufkraft um 72 Prozent zurückgegangen. Mitte 1989 deckte das Durchschnittseinkommen nur noch 29 Prozent des zum Überleben notwendigen „Einkaufskorbes“ ab. Peru steht mit seinem Kalorienverbrauch an siebtlezter Stelle in der Welt, in der Kindersterblichkeit an dritter Stelle; die Tuberkulose-Fälle nehmen sprunghaft zu.

Die Entscheidung *Garcías* von 1986,

die hohe Verschuldung Perus mit höchstens 10 Prozent der jährlichen Exporterlöse zu tilgen, hat das Land auf dem Weltmarkt isoliert. Der Internationale Währungsfonds hat Peru daraufhin für kreditunwürdig erklärt und vor kurzem die Streichung von Subventionen für Grundnahrungsmittel angeregt – als Maßnahme zur wirtschaftlichen Stabilisierung.

Der verklärte Marxismus des „Sendero Luminoso“

Die ruinöse Wirtschaftslage und ihre verheerenden sozialen Folgen haben seit 1988 zu einem Ansteigen der politischen Gewalt geführt. Mindestens 15 000 Menschenleben in zehn Jahren hat der Krieg zwischen Aufständischen und Regierungstruppen gekostet. Nach einer von peruanischen Menschenrechtsorganisationen veröffentlichten Statistik wurden von Januar bis August 1989 791 Menschen Opfer der Guerilla. 797 „mutmaßliche Subversive“ wurden von Militär und Polizei getötet. 184 Soldaten und Polizisten starben bei militärischen Auseinandersetzungen; 10 Morde von paramilitärischen Gruppen wurden bekannt. Von staatlichen Ordnungskräften verübte politische Morde werden in der Statistik nicht aufgeführt.

Der seit 1980 vor allem in der Süandenregion operierende „Sendero Luminoso“ (Leuchtender Pfad) definiert sich selbst als bewaffneter Arm der kommunistischen Partei Perus. Er hängt aber einem ebenso radikalen wie nationalmythisch verklärten Marxismus an, der die existierenden kommunistischen Systeme ausnahmslos als „reaktionär“ und „sozialimperialistisch“ ablehnt. Der „Sendero Luminoso“ propagiert die systematische Zerschlagung des Staates und seiner Strukturen; „aus der Asche“ will er ein „neues Peru“ errichten. In den kontrollierten Gebieten – ein Viertel bis ein Drittel des Landes – herrscht eine rigide Sozialmoral: Raub, Ehebruch, Prostitution stehen unter drakonischen Strafen. Zwangsrekrutierte junge Männer, zum Teil noch Kinder, werden mit eiserner Disziplin trainiert.

Die Kampfmethoden des „Sendero“ sind von äußerster Brutalität und zeugen von menschenverachtendem ideologischem Wahn. Ideologie, Ziele und Methoden kennzeichnen ihn als *terroristische Bewegung*; mit den sozialrevolutionären Guerilla-Bewegungen in anderen Ländern Lateinamerikas verbindet ihn wenig. Der Kern der Bewegung wird auf etwa 4000 Kämpfer geschätzt. Bezeichnend für die Skrupellosigkeit des „Sendero“ ist das taktische Zusammengehen mit den kolumbianischen Drogenkartellen: Die Guerilla schützt „gegen Gebühr“ die Coca-Anbaugebiete und Flugpisten und trägt damit nach Aussagen ihrer Anführer indirekt, aber effektiv zur „Schwächung der kapitalistischen Welt“ bei. Die mit der schweren Wirtschaftskrise einhergehende Enttäuschung vor allem junger Peruaner führt dem „Sendero“ in jüngster Zeit immer mehr freiwillige Kämpfer zu, unter ihnen arbeitslose Universitätsabsolventen, die ihre letzte Hoffnung in eine gewaltsame Revolution investieren. – Weit weniger schlagkräftig ist die „Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru“, die ebenfalls „Volksjustiz“ übt, sich im vergangenen Jahr aber zu „Friedensgesprächen mit der Regierung bereit erklärte.

Zunehmender Gegenterror des Militärs

Seit etwa zwei Jahren haben auch Übergriffe des Militärs exzessive Formen angenommen; zur Bekämpfung des Terrorismus hat die Armee offenbar völlig freie Hand. In 70 von 150 Provinzen des Landes gilt der Ausnahmezustand (1985 waren es erst 20); damit untersteht fast die Hälfte des Landes der militärischen Gerichtsbarkeit. Die Sicherheitskräfte gehen auf brutale Weise flächendeckend vor: ihre Opfer finden sich nicht in erster Linie unter linksgerichteten Oppositionellen, Gewerkschaftlern, Studenten, sondern unter der wehrlosen Landbevölkerung in den umkämpften Gebieten. „Unter 60 toten Campesinos sind sechs ‚Senderisten‘ oder zumindest Sympathisanten“, zitieren Soldaten ihre Vorgesetzten. Minde-

stens 1000 ungesetzliche Tötungen gehen auf das Konto der Armee. Nach einer Untersuchung der Menschenrechtsorganisation CEAPAZ aus dem Jahre 1987 waren 56 Prozent der Opfer Kleinbauern, 2 Prozent Handwerker, 9 Prozent Arbeiter, 16 Prozent Lehrer, fast 5 Prozent Schüler und 2 Prozent Studenten.

Es hatte seinen Grund, daß die lateinamerikanischen Vereinigungen von Angehörigen Verschwundener (FEDEFAM) ihren Jahreskongreß 1989 in der peruanischen Hauptstadt Lima abhielten (27.11. bis 2.12.). Mit 5000 Fällen von Verschwundenen seit 1980 liegt Peru weltweit an der Spitze. 2675 Fälle waren bis August 1989 bei Amnesty International dokumentiert. Auch hier sind die Mehrzahl der Opfer Kleinbauern, die – in 90 Prozent der Fälle von Militärs – unter dem Verdacht terroristischer Betätigung „verhaftet“, gefoltert, in seltenen Fällen tot aufgefunden werden, meist aber spurlos verschwinden.

Während die Massenhinrichtungen durch Angehörige der Streitkräfte – meist Vergeltungsaktionen nach Angriffen des „Sendero Luminoso“ – auch in der Presse registriert werden, bleiben viele Fälle von Verschwundenen unerwähnt. Die betroffenen Familien sind oft zu ängstlich oder gar nicht in der Lage, eine Anzeige zu erstatten oder gar einen Anwalt zu suchen. Zudem ist die außermilitärische staatliche Präsenz in den Andengebieten nur schwach, so daß die Bevölkerung wehrlos zwischen den Fronten steht. Auf dem FEDEFAM-Kongreß berichteten Selbsthilfegruppen aus den Notstandsgebieten über Erfolge, wenn die Suche nach dem Verschwundenen sofort eingeleitet wird. Allerdings sind solche Anzeigen in vielen Fällen Anlaß für neue Drohungen, für Vergewaltigungen etc. Bisher sind die Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Organe straflos geblieben. Die Menschenrechtsbeauftragte der deutschen Justitia-et-Pax-Kommission, *Gabriela M. Sierck*, zitiert den Fall des Staatsanwalts *Carlos Escobar*, der um Aufklärung eines Massakers an Bauern in Cayara im Mai 1988 bemüht war: „Er wurde bei den Ermitt-

lungen behindert, dann versetzt, mit dem Tode bedroht, aus dem Amt entlassen und lebt nun im Exil. Seine Zeugen wurden ihm einer nach dem anderen ermordet, die Ermittlungsergebnisse archiviert.“

Gespaltene Kirche

Seit 1988 existiert das paramilitärisch organisierte „Comando Rodrigo Franco“, dem (bis August 1989) zehn Morde zugeschrieben werden. Seine Gewaltaktionen haben in letzter Zeit zugenommen, oft agiert er im Schatten des „Sendero“. Das Kommando gilt als Selbstjustizorgan der Regierungspartei APRA und soll sich u. a. aus Mitgliedern der Nationalpolizei rekrutieren. Der Abgeordnete *Manuel Piqueras*, Mitglied einer parlamentarischen Kommission zur Erforschung paramilitärischer Verbrechen, bezeichnete die Existenz des Kommandos als letzte Stufe eines totalen Vertrauensverlustes gegenüber Staat und Politik. Wo unschuldige Bauern und Terroristen unterschiedslos gefoltert würden, komme es zu falschen Geständnissen. Wo ein Richter dem durch Haftentlassung Rechnung trage, behaupte das Militär, die Justiz sei Komplize der Terroristen und übe eigenmächtig Justiz (Comisión Andina de Juristas, Bulletin Oktober 1989). Daß das Kommando „Rodrigo Franco“ der APRA, Partei des Präsidenten García und Mitglied der Sozialistischen Internationale, auch schon gegen eigene regierungskritische Parteimitglieder vorgegangen ist (wie der „Sendero Luminoso“ gegen Linksextremisten), macht deutlich, wie schwach die traditionellen Machtstrukturen des Landes heute sind.

Die katholische Kirche in Peru, nach jüngsten Umfragen für 81 Prozent der Bevölkerung eine Institution ihres Vertrauens, bemüht sich in Erklärungen, den Verantwortlichen und der leidenden Bevölkerung Orientierungshilfe zu geben. Sie appelliert immer wieder an Regierung und Guerilla. Bisher ohne großen Erfolg. Seit der „Sendero Luminoso“ im Mai 1989 auch eines ihrer pastoralen Zentren (in Ayaviri) angegriffen hat, fürchtet sie

in den Notstandsgebieten um ihre pastoralen Wirkungsmöglichkeiten.

Die für die Menschenrechtsfragen zuständige Sozialkommission der Bischofskonferenz (CEAS) versucht zum Teil gemeinsam mit den Menschenrechtsorganisationen CEAPAZ und CODEPP, Rechtshilfe zu leisten und Menschenrechtsverletzungen öffentlich zu machen. Erschwert wird das Sprechen und Handeln der Kirchenführung im sozialpastoralen Bereich durch *starke Spannungen innerhalb des Episkopats*. Entsprechend ist den Erklärungen der letzten Jahre zur politischen Lage Perus anzumerken, daß darin um einen *Minimalkonsens* gerungen wurde. Der in den 70er Jahren noch mehrheitliche Teil der Bischofskonferenz, der in seiner Pastoral befreiungstheologisch orientiert war, ist u. a. durch eine Reihe von Neuernennungen konservativer Bischöfe, darunter mehrere Opus-Dei-Mitglieder, in die Minderheit geraten. 1988 wurde Bischof *Ricardo Durand Flórez* von Callao – wie es heißt mit einem Vorsprung von fünf Stimmen vor dem sozial engagierten Bischof von Cajamarca, *José Dammert* – zum Vorsitzenden der Bischofskonferenz gewählt. Durand, in der Konfliktphase mit Rom vehementer Kritiker der Befreiungstheologie, äußert sich seitdem zurückhaltender; seine erste Aufgabe als Vorsitzender sieht er nach eigenen Worten in der Wahrung der Einheit in der Kirche Perus.

Zum Jahresende ernannte Johannes Paul II. den bisherigen Sekretär der Bischofskonferenz, Bischof *Augusto Vargas Alzamora*, zum neuen Erzbischof von Lima. Vargas folgt Kardinal Juan Landázuri Ricketts, in dessen 38jähriger Amtszeit (und Kirchenführung) die peruanische Kirche die Neuorientierung zur ‚Volkskirche‘, d. h. auf die arme Mehrheit des Volkes, vollzog. Kennzeichnend für die Position seines Nachfolgers dürften Äußerungen Vargas' bei seinem Besuch in der Bundesrepublik 1987 sein. Über *Gustavo Gutiérrez*, den Gründervater der Theologie der Befreiung, sagte Vargas, dieser komme in seinen Werken einer „unevangelischen Sprache“ nahe. Er selbst nehme für sich die in

zwei vatikanischen Dokumenten gereinigte Befreiungstheologie und die (des kolumbianischen Kardinal *Alfonso Lopez Trujillo* als Gegenentwurf propagierte) „Theologie der Versöhnung“ in Anspruch: „Nur so kann ich in vollem Sinn Christ sein.“

Während einige der peruanischen Bischöfe in der Befreiungstheologie eine der Wurzeln für extremistische Gewalt und für den Terror des „Sendero Luminoso“ sehen (Weihbischof *Juan Luis Cipriani* von Ayacucho in: Rhein. Merkur, 27. 10. 89) und sich z. B. ein Waisenheim in ihrem Bistum als Frucht „echter Befreiungstheologie“ vorstellen (Bischof *Enrique Pelach* von Abancay in: Konradsblatt v. 28. 5. 89), sorgen sich andere darum, daß die Kirche den Beschlüssen der lateinamerikanischen Bischöfe von Medellín und Puebla „so langsam den Rücken kehrt und auf diese Weise das Zweite Vatikanische Konzil abschüttelt“ (Bischof *José Luciano Metzinger*). Metzinger beklagt in einem 1989 veröffentlichten Aufsatz (in: Partnerschaft Freiburg – Peru II, hg. von der Pressestelle des Erzbistums Freiburg) den „Verlust der vertrauensvollen Zusammenarbeit“ unter den peruanischen Bischöfen und zwischen Bischöfen, Klerus und Laien als Folge der innerkirchlichen Auseinandersetzungen um die Theologie der Befreiung in den Jahren 1983–1985. Nach einer Phase schmerzvollen, aber erfolgreichen Ringens um Standpunkte und Einheit unter den Bischöfen habe die Aufforderung Papst Johannes Pauls II. an die Bischöfe – anlässlich seines Besuches

im Mai 1988 –, „die verlorenen Schafe in die Herde zurückzuführen“, neue Unruhe geschaffen.

Ist die Mitte zu konfliktscheu?

Die Spannungen innerhalb der peruanischen Kirche binden Kräfte, die sie sowohl im engeren pastoralen Bereich wie in der Erfüllung ihres gesellschaftspolitischen Auftrags in einer Periode wachsender Armut und unkontrollierter Gewaltherrschaft dringend benötigte. Besonders notwendig wäre zum jetzigen Zeitpunkt die Intensivierung und Koordinierung der Menschenrechtsarbeit, d. h. der Schutz der zwischen die Fronten geratenen Bevölkerung. Für Peru wie auch für die Kirche in der Bundesrepublik gilt indes, daß gerade der *Einsatz für die Menschenrechte* noch weitgehend von Gruppen getragen wird, „die nicht so recht in der Mitte der Gemeinden beheimatet sind“ (Domkapitular *Wolfgang Zwingmann* zur Partnerschaft der Erzdiözese Freiburg mit der Kirche in Peru). Ist Menschenrechtsarbeit eher in der linken Ecke angesiedelt, so fragte er bei einer Akademietagung Ende Januar in Freiburg, weil die Mitte die – unvermeidlichen – Konflikte scheut? Konkret wird in Freiburg derzeit über Möglichkeiten nachgedacht, z. B. Bauernverbände für die Situation der Campesinos in Peru zu interessieren – und Frauen für das schwierige Leben peruanischer Frauen, bedroht von Hunger, Unterdrückung und brutaler Gewalt. G. B.

Südafrika: Wende mit Nelson Mandela?

Am 11. Februar 1990 um 16.45 Uhr war es soweit: Nach fast 28jähriger Haft wurde *Nelson Mandela*, der charismatische Führer des ANC (African National Congress), aus der Haft entlassen. Millionen von Schwarzen in Südafrika feierten diesen Tag trium-

phal als einen Wendepunkt in der Geschichte des Apartheidstaates, als den Anfang vom Ende rassistischer Unterdrückung und Diskriminierung. In den langen Jahren seiner Gefangenschaft, die er größtenteils auf der Sträflingsinsel Robben Island zuge-